



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

55/11 Beantwortung des Postulates Sigisbert Regli und Andreas Kappeler namens der SP/Grüne Fraktion vom 16. September 2011 betreffend dem Fluglärm Grenzen setzen!

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

A. Wortlaut des Postulats

Die Bevölkerung der Zentralschweiz ist diesen Sommer aufgeschreckt worden durch massive Fluglärmbelästigungen: Testflüge der Pilatuswerke über dem Seebecken, PC-21 Flüge im Biosphärenreservat, vor allem aber auch der intensive Trainings- und Einsatzbetrieb der Luftwaffe auf dem Flugplatz Emmen im August haben zu heftigen Reaktionen der Bevölkerung und einem entsprechenden Echo in den Medien geführt. Das Ausmass der Belastung war für die betroffene Bevölkerung eindeutig zu gross. Behörden und die Politik müssen handeln. Die ungewöhnlich massive Belästigung mit Fluglärm im August darf keinesfalls der Vorgeschmack einer Entwicklung sein, die der Zentralschweiz blüht!

Eine solche Entwicklung droht einerseits vom Sachplan Militär und dem darin enthaltenen Stationierungskonzept der Luftwaffe. Der Sachplan Militär ist das rechtlich verbindliche Vehikel, das die Raumplanung des Bundes mit jener der Kantone harmonisiert und verbindlich festlegt, was auf welchem Flugplatz getan werden kann.

Der aktuelle Sachplan Militär stammt aus dem Jahre 2001. Der Bundesrat führte 2007 eine Vernehmlassung über einen neuen Sachplan durch und kündigte per 2008 einen neuen Sachplan Militär an, der aber frühestens Anfang des nächsten Jahres vorliegen wird. Im Entwurf von 2007 ist der Flugplatz Emmen als Ausweichstandort für Kampfflugzeuge vorgesehen und als Basis für die Patrouille Suisse, mit einer prognostizierten Zahl von Jetflugbewegungen von 2'800. Diese Zahlen wurden im Jahr 2010 bereits übertroffen und es droht eine weitere Zunahme.

Insbesondere die Region um den Flugplatz Meiringen wehrt sich vehement mit Zeitungsinseraten, Kartenaktionen etc. für eine (weitere) Verlagerung von Flugbewegungen auf die anderen Flugplätze. Angesprochen ist dabei vor allem der Flugplatz Emmen und was eine Verlagerung bedeuten würde, haben wir im August erleben müssen.

Andererseits ist im Entwurf des Sachplans Militär 2007 vorgesehen, die zivile Nutzung des Militärflugplatzes Emmen auszubauen. Dazu besteht keinerlei Notwendigkeit. Vom Kontingent der möglichen zivilen Flüge wurde über Jahre nicht einmal ein Drittel genutzt, die Zahl ist durch die Eröffnung der Autobahn durch das Knonauer Amt auf unter 100 gesunken. Hier gilt es die Grenze von maximal 1000 zivilen Bewegungen endlich verbindlich im Sachplan festzusetzen.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf

- Seinen Einfluss auf allen Ebenen und über alle Kanäle geltend zu machen, dass der Fluglärm in der Zentralschweiz auf ein erträgliches Mass zurückgeht.
- Sich beim VBS noch einmal aktiv dafür einzusetzen, dass die geplanten Jetflugzahlen im Entwurf zum Sachplan Militär nicht ausgeweitet werden
- Sich mit den Standortgemeinden und –Regionen der anderen Militärflugplätze dafür einzusetzen, dass möglichst viele militärische Flüge auf Simulatoren durchgeführt werden und das Konzept der insgesamt 22'000 militärischen Flugbewegungen reduziert wird.

B. Stellungnahme des Gemeinderates

1. Vorbemerkung

Das vorliegende Postulat orientiert sich textlich stark an der Interpellation Nr. 11.3793 „Dem militärischen Fluglärm Grenzen setzen“ von Frau Nationalrätin Priska Birrer-Heimo vom 15.9.2011 (http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113793#). Die Kurzantwort des Bundesrates hält dazu fest, dass sich der Bundesrat bewusst ist, dass der militärische Fluglärm grundsätzlich in keiner Region willkommen ist. Weiter schreibt der Bundesrat, dass besonders lärmintensive Aktivitäten (z.B. Nachtflüge) im Ausland absolviert werden. Der Gemeinderat Emmen hat im Zusammenhang mit dem im Postulat angesprochenen Stationierungskonzept mit Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, bereits am 6. April 2009 ein eingehendes Gespräch geführt und die im Postulat angesprochenen Problembereiche schon damals thematisiert. Dabei geht der Gemeinderat Emmen vorerst davon aus, dass der Betrieb eines Militärflugplatzes und auch die Wartung von Flugzeugen, Helikoptern und weiterer Fluggeräte wichtige Arbeits- und Ausbildungsplätze (Arbeitsplätze: 1'148; Ausbildungsplätze 96) schafft und erhält. Die Mitarbeitenden der verschiedenen Betriebe zahlen Steuern und viele Firmen erhalten Aufträge des Militärs und von den zivilen Rüstungsbetrieben. Der Gemeinderat hat deshalb seit Jahren unter Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der Emmerinnen und Emmer eine sehr ambivalente Haltung gegenüber den Verantwortlichen des Militärflugplatzes vertreten. Einerseits die grundsätzliche Zustimmung zum Militärflugplatz als Instrument der

Landesverteidigung sowie dessen wirtschaftliche Bedeutung, vor allem für die RUAG Aviation. Dem steht das Bedürfnis nach möglichst viel Ruhe und möglichst wenig Flugbewegungen gegenüber. Der Gemeinderat Emmen steht deshalb seit Jahren in einem regelmässigen und sehr konstruktiven Dialog mit dem Bundesrat, dem Kommandanten der Luftwaffe und vor allem dem Kommando des Militärflugplatzes, der RUAG und auch dem Schutzverband und vielen Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Luftwaffe und das Flugplatzkommando sind sehr bemüht, im Rahmen der Möglichkeiten auf die Bedürfnisse der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung einzugehen. So werden bei den wöchentlichen Planungen die Einsätze so angesetzt, dass beispielsweise bei Beerdigungen (2013: 126 Flugbetriebsunterbrüche während Beerdigungen), Prüfungen und weiteren Anlässen auf Starts und Landungen der Jets wenn möglich verzichtet oder mindestens auf die Abflugrichtung Einfluss genommen wird. Auch die mindestens vier Wochen dauernde Flugpause während den Sommerferien ist in den letzten Jahren eingehalten worden. Zudem ist der Flugbetrieb jeweils über die Weihnachtstage und den Jahreswechsel ebenfalls eingestellt. Festzuhalten gilt es auch, dass die bisherige zivile Mitbenützung des Militärflugplatzes kaum zu Diskussionen Anlass gibt. Der Gemeinderat verweist dabei auf die Beantwortung der Interpellation 71/11 vom 22. November 2011 (vgl. http://www.emmen.ch/de/gemeinde_politik/einwohnerrat/Beantwortung/Beantw7111_Privatjetlandungen_in_Emmen.pdf).

2. Zu den Forderungen des Postulates

Zu den einzelnen Forderungen des Postulates kann der Gemeinderat wie folgt Stellung nehmen:

„Seinen Einfluss auf allen Ebenen und über alle Kanäle geltend zu machen, dass der Fluglärm in der Zentralschweiz auf ein erträgliches Mass zurückgeht.“

Der Gemeinderat konzentriert seine Aktivitäten im Zusammenhang mit der Lärmproblematik schwergewichtig auf die Nutzung des Militärflugplatzes Emmen. Die Erfahrungen des Gemeinderates Emmen zeigen auf, dass der Bundesrat, das Kommando der Luftwaffe und vor allem auch das Kommando des Militärflugplatzes Emmen verlässliche Gesprächspartner sind. Die von uns eingebrachten Anliegen werden ernst genommen und gestützt auf die betrieblichen Möglichkeiten und den Auftrag der Luftwaffe auch umgesetzt. Dagegen ist der Gemeinderat nicht in mögliche Gespräche betreffend der Benützung der Lufträume durch die Pilatus Flugzeugwerke involviert. Die Mitglieder des Gemeinderates bemühen sich, bei Kontakten mit Vertretern der Luzerner Regierung, des Bundesparlamentes und der Armeespitze sowie der Wirtschaft jedoch die Lärmproblematik jeweils im Gesamtkontext zu erläutern und immer unsere Forderungen für den Militärflugplatz Emmen zu deponieren. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, dass zwei Mitglieder des Nationalrates aus der Region des Militärflugplatzes (Nationalrat Felix Müri, Emmen; Nationalrätin Priska Birrer-Heimo, Rothenburg) im Vorstand des Schutzverbandes mitwirken und aufgrund ihrer politischen Kontakte ebenfalls die Interessen der Region Emmen unterstützen.

„Minimale Pistensperre von vier Wochen im Sommer, teilweise während den Sommerferien; zusätzlich mindestens zwei Wochen reduzierter Flugbetrieb“

Seit dem Sommer 2002 wurde der Militärflugplatz Emmen immer während vier Wochen komplett geschlossen. Im Jahr 2009 wurde der Betrieb während sechs Wochen eingestellt. In den Jahren 2002 bis 2010 dauerten die Pistensperren für die Jets in der Regel jeweils eine Woche länger. Der Gemeinderat hat in allen Gesprächen mit den zuständigen Behörden an der Forderung nach einer mindestens vierwöchigen Pistensperre festgehalten und gleichzeitig immer auch den Wunsch angebracht, dass gestützt auf betriebliche Möglichkeiten auch längere Pistensperren umgesetzt werden sollten. Für das Jahr 2013 sind folgende Daten massgebend:

- Vom 24. Juni bis 24. Juli 2013 (vier Wochen und drei Arbeitstage – KW 26 bis Mitte KW 30) = vollständige Pistensperre/Flugruhe
- Am 25. und 26. Juli 2013 (zwei Arbeitstage – Rest KW 30) = notwendige Austauschflüge/Flugzeugverschiebungen
- Vom 29. Juli bis 31. Juli 2013 (eine Woche – KW 31) = Einzelflüge (reduzierter Flugbetrieb und Feiertag)
- Ab 5. August bis 30. August 2013 (vier Wochen – KW 32 bis und mit KW 35) = Hornet-Flugbetrieb (Meiringen und teilweise Payerne geschlossen)

Der Gemeinderat wird sich weiter dafür einsetzen, dass auch in den kommenden Jahren, insbesondere während den Sommerferien, der Flugbetrieb für mindestens vier Wochen eingestellt werden kann. Der Gemeinderat geht heute davon aus, dass für das neu zu beschaffende Kampfflugzeug bauliche Anpassungen auf dem Militärflugplatz notwendig würden. Zudem sind jährlich immer wieder Unterhaltsarbeiten auszuführen, für welche die Pistensperre vorausgesetzt werden müssen. Bereits daraus ergibt sich, dass auch künftig mit der Sommerpause und damit der erholsamen Ruhe gerechnet werden kann.

„Sich mit den Standortgemeinden und -Regionen der anderen Militärflugplätze dafür einzusetzen, dass möglichst viele militärische Flüge auf Simulatoren durchgeführt werden und das Konzept der insgesamt 22'000 militärischen Flugbewegungen reduziert wird.“

Den zurzeit zur Verfügung stehenden Unterlagen ist zu entnehmen, dass auch nach der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges von einer gleichbleibenden Anzahl von Flugbewegungen auszugehen sein wird. Frühestens im Jahr 2014 wird der neue Sachplan Militär vom Bundesrat verabschiedet werden. Der Gemeinderat hat sich bezüglich der Auswirkungen eines neuen Sachplans bereits im Jahr 2009 direkt mit dem zuständigen Bundesrat austauschen können. Der Bundesrat hat die Anliegen der Gemeinde Emmen wohlwollend aufgenommen. Die Forderung, dass möglichst eine hohe Anzahl von Ausbildungs- und Trainingsstunden der Piloten auf Simulatoren erfolgen wurde ebenfalls deponiert. Das neu eröffnete Simulatorenzentrum in Emmen weist in eine positive Zukunft. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die Interpellation 12.4217 „Rückwirkung der Kampffjet-Beschaffung auf die Gesamtrevision des Sachplans Militär“ von Frau Nationalrätin Evi Allemann vom 14. Dezember 2012 festgehalten, dass zur Mini-

mierung der Lärmbelastung auch zwei Simulatoren beschafft werden. Weiter stehen der Luftwaffe Trainingsmöglichkeiten in Schweden zur Verfügung (vgl. http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20124217). Weiter finden sich in einer Broschüre der Luftwaffe umfassende Informationen zu den Massnahmen, mit welchen die Luftwaffe die Lärmbelastungen reduziert (vgl. <http://www.lw.admin.ch/internet/luftwaffe/de/home/themen/fluglaerm.html>).

Die Interessen der verschiedenen Standortgemeinden und Regionen der weiteren Militärflugplätze (Meiringen; Sion; Payerne) sind sehr unterschiedlich. Der Bundesrat und das Kommando der Luftwaffe führen mit jedem Standort getrennte Verhandlungen über den Sachplan Militär. Soweit ersichtlich verlangen alle Standorte eine Reduktion der Flugbewegungen durch den Einsatz von Simulatoren. Einzig für diese Forderung, die mehrheitlich unbestritten ist, braucht es aus der Sicht des Gemeinderates keine Kooperation mit den weiteren Standorten von Militärflugplätzen.

Schlussfolgerung

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat teilweise entgegenzunehmen. Die Forderung nach einer Zusammenarbeit mit anderen Standorten von Militärflugplätzen ist nicht notwendig und dürfte auch nicht zielführend sein. Die anderen beiden Forderungen (Einfluss auf allen Ebenen und über alle Kanäle geltend machen, dass der Fluglärm in der Zentralschweiz auf ein erträgliches Mass zurückgeht / Sich beim VBS noch einmal aktiv dafür einsetzen, dass die geplanten Jetflugzahlen im Entwurf zum Sachplan Militär nicht ausgeweitet werden) können entgegengenommen werden.

Emmenbrücke, 20. Februar 2013

Für den Gemeinderat

Rolf Born
Gemeindepräsident

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber